



Aufruf der DKP zum 1. Mai 2008

Nur wer kämpft, kann gewinnen

Der Aufschwung ist angekommen. Die Dividenden der Aktionäre sind gestiegen. Vorstände und Aufsichtsräte bedienen sich. In den DAX-Konzernen stiegen die Bezüge auf bis zu 30 Prozent. Die Reichen wurden merklich reicher.

Es gab neue Arbeitsplätze. Die wenigsten davon sind vollwertige tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse. Die meisten sind Zeit- oder Leiharbeitsverhältnisse. Oftmals müssen Beschäftigte zusätzlich Hartz IV beantragen, weil Löhne nicht ausreichen zum Leben.

Jedes vierte Kind in der Bundesrepublik Deutschland muss unter Armut aufwachsen. Vor allem allein erziehende Mütter müssen unter Bedingungen von Armut schwierigste Lebensbedingungen organisieren. Oftmals erhalten Kinder aus armen Familien keine warme Mahlzeit am Tag.

Die Bildungs- und Ausbildungssituation hat sich dramatisch verschlechtert. Das Recht auf Bildung und Ausbildung ist längst Makulatur. Bildung ist eine Ware. Die Interessen des Finanzkapitals bestimmen, in welchem Maß Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten.

Nur wer kämpft, kann gewinnen

Gerade die Streikkämpfe der letzten Monate im Öffentlichen Dienst, bei der Bahn, im Handel, die Warnstreiks in der Metall- und Stahlindustrie zeigten: Dem Klassenkampf von oben muss endlich auch der Klassenkampf von unten entgegengesetzt werden. Dies kann nicht nur für Lohn- und Gehalts- und Tarifeinsetzungen im allgemeinen gelten. Dies muss zunehmend mehr auch für Verteilungsfragen in der Gesellschaft generell gelten.

Fortsetzung nächste Seite



Massenentlassungen bei Dematic im Waldhof Sanierung nach Investoren-Art

Eine bittere Überraschung erlebten Belegschaft und Betriebsrat der Dematic im Waldhof vor wenigen Tagen: mit einem lapidaren Schreiben teilte die Geschäftsleitung mit, sie wolle bis Ende Mai 2008 Kündigungen aussprechen, und zwar genau 112 der 434 Beschäftigten am Standort Waldhof, also mehr als ein Viertel der Belegschaft. Am Standort Wetter (Ruhr) sollen durch die Schließung 160 Arbeitsplätze vernichtet werden.

112 – die Notrufnummer
Bisher war den Betriebsräten mitgeteilt worden, dass 26 Arbeitsplätze beseitigt werden sollten. Viele Beschäftigte hofften, dass dieser Abbau durch Fluktuation, ohne Kündigungen, erfolgen würde. Das hat sich jetzt als Illusion erwiesen. Bei 112 klingelten die Alarmglocken, mehr als 112 Beschäftigte folgten einer Einladung von Betriebsrat und IG Metall zu einer „Betriebsratsinformation“ vor dem Werkstor (unser Foto).

Fortsetzung Seite 4

Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai

**10.00 Uhr Treffpunkt: Am Marktplatz Offenbach
Demonstration zum Isenburger Schloß
Zwischenkundgebung**

**11.00 Uhr Kundgebung mit Redebeiträge von
Sybille Lust, stv. Geschäftsführerin ver.di Hessen
Tiny Hobbs, Deutsche Post AG**

**Anschließend ein buntes internationales Familien- und
Kulturfest mit Kinderprogramm und Musik von ZartRock**

Aufruf zum 1. Mai

Die Reichen müssen höher besteuert werden. Wir brauchen Gesetze, die verhindern, dass willkürlich Arbeitsplätze und Standorte wie zum Beispiel Nokia vernichtet bzw. ins Ausland verlagert werden.

Die Macht des großen Kapitals muss eingeschränkt werden. Was dieses Land braucht, ist eine umfassende außerparlamentarische Bewegung, sind gesellschaftliche Allianzen, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung politisch wirksam werden lassen.

Das Gemeinsame muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Vor allem die Gewerkschaften sind gefordert, ihre gesellschaftspolitische Positionierung zu überdenken.

Am 2. Mai jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem die Nazis die Gewerkschaftshäuser stürmten, besetzten und den ADGB endgültig zerschlugen. Auch diese Erfahrung lehrt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Es gilt, allen Provokationen der Nazis wirkungsvoll entgegen zu treten.

Der 1. Mai – internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Die diktatorische Herrschaft des transnationalen Finanzkapitals ist international und national die große Herausforderung. Diese Macht entscheidet über Krieg und Frieden, über Umweltzerstörung und Klimakatastrophe, ja über die Frage des Lebens und Überlebens. Nie war es so notwendig, die Losung des Manifestes der Kommunistischen Partei „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ernst zu nehmen und in politischen Aktionen umzusetzen. Eine andere Welt ist möglich und nötig. Eine Zukunft dieser Erde kann es nur jenseits des Kapitalismus geben. Private Eigentumsverhältnisse an den wichtigsten Produktionsmitteln müssen überwunden werden. Gesellschaftliches Eigentum in Bestimmung der Völker ist eine Grundvoraussetzung für diese andere Welt jenseits von Krieg, unwürdigen sozialen Verhältnissen. Wir Kommunistinnen und Kommunisten bleiben bei unserem Standpunkt: Eine sozialistische Zukunft ist unabdingbar.

(Auszug)

Ymos/Cura klagt Betriebsrenten

Ein Gaunerstück ohnegleichen stand am Dienstag, dem 8. April 2008 vor der VI. Kammer des Arbeitsgerichts zur Verhandlung: 56 Rentner klagten gegen die zunächst Kürzung, dann ab Februar diesen Jahres sogar Streichung ihrer Betriebsrenten durch ihren früheren Arbeitgeber die Ymos AG. Ja, die Firma ist so unverschämt, daß sie sogar bisher gezahlte Betriebsrenten zurückfordert.

Zur Vorgeschichte: Die Ymos AG in Obertshausen (Zulieferer von Teilen für die Autoindustrie) war ein Betrieb mit 2 500 bis zu 5 000 Beschäftigten. Die Produktion wurde schon vor Jahren eingeschränkt, dann ganz eingestellt. Heute ist die Ymos mehrheitlich im Besitz der Firma „Cura Seniorenzentrum GmbH“ die Seniorenheime baut. Nun sollen Gebäude und Grundstücke mit Gewinn verkauft werden. Das scheiterte bisher daran, daß der Boden wegen erheblicher Belastungen aus der Produktionsperiode von Ymos saniert werden muß. Kosten: schätzungsweise eine Million Euro. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Natürlich stehlen! Wo? Bei den Betriebsrenten! Jedenfalls das ist der Ausweg der Kapitaleseite, vertreten vor dem Arbeitsgericht durch einen Herrn Hüge, seines Zeichens Vorstand bei Ymos, dessen Name auch unter den Renten-Kündigungsschreiben steht. Es klingt wie eine satirische Posse: Die Cura baut „Seniorenresidenzen“ und klagt das Geld dafür von den 1.800 Ymos-Betriebsrentnern. Es ist nicht

zu glauben, aber die Firma hat tatsächlich mit den Kosten der Sanierung ihres kontaminierten Betriebsgeländes, auf dem die Ymos ihren Beschäftigten und einer hohen Ausbeutungsrate enorme Profite für ihre Aktionäre erzielt hat, den Rentenklau begründet. Natürlich ist die Empörung unter den Ymos-Rentnern groß und sie erhalten auch volle Unterstützung von der IG-Metall vor dem Arbeitsgericht bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen nach sofortiger Auszahlung ihrer Renten, einschließlich der bis dato einbehaltenen. Auf einer Kundgebung vor Beginn der Gerichtsverhandlung trafen sie sich, eingeladen von der IG-Metall, vor dem Offenbacher Arbeitsgericht in der Kaiserstraße und zeigten öffentlich ihre Enttäuschung und Wut über das Bubenstück ihres ehemaligen Arbeitgebers. Verhandelt wurden zunächst die Einsprüche von 56 Rentnern von insgesamt über 200 Klägern, weitere Verhandlungstage im Mai und Juni sind schon terminiert. Das Gericht hat in allen Fällen den Rentnern Recht gegeben und entschieden, daß die Ymos/Cura alle einbehaltenen Betriebsrenten einschließlich der Zinsen nachzahlen und ab Monat Mai wieder die volle Betriebsrente gezahlt werden muß. Ein voller Erfolg für die Rentner. Es wird damit gerechnet, daß jetzt noch weitere Klagen gegen die Ymos/Cura vor dem Arbeitsgericht eingereicht werden. Ein Beispiel dafür: Wehren lohnt sich!



SDAJ: EINE SCHULE FÜR ALLE!

Wochenlang dauerte das rassistische Trommelfeuer von CDU/CSU und BILD. Wochenlang wurden uns immer kriminellere Ausländer präsentiert. Ein Vorurteil jagte das nächste Klischee und die passenden Strafverschärfungen wurden auch gleich aus dem Koffer der inneren Sicherheit gezaubert. Es entsteht der Eindruck, als wäre Deutschland ein einziger krimineller Sumpf. Gartennazis aus dem ganzen Land melden sich zu Wort und wollen straffällige Jugendliche einsperren, wegschließen, abschieben. Kein Wort zu den miserablen Zuständen an deutschen Schulen, kein Wort über diejenigen, die uns jede Perspektive auf ein gesichertes Einkommen und damit erträgliche Zukunftsaussichten verbauen. Das können wir wohl aber auch nicht von denjenigen erwarten, die lieber 3 Milliarden Euro statt in Schulen in Panzer investieren (siehe „Fronttacker“). Nein, „um uns selber müssen wir uns selber kümmern“ heißt es in

einem Gedicht von Bertolt Brecht und das nehmen wir uns zu Herzen. Mit der Kampagne „Zeit sich wehren – gemeinsam gegen die Zukunftskiller!“ stellen wir, die SDAJ, im 40. Jahr unseres Bestehens Forderungen nach einer Schule für Alle, nach einem Berufsausbildungsgesetz das den Unternehmern weh tut und nach Abschaffung der Studiengebühren in den Mittelpunkt. Gesamtschulen statt Erziehungscamps! Mehr und bessere Ausbildungsplätze statt Knastzellen! Das hauen wir den Schäubles, Pofallas, Kochs, Merkels und Becksteins um die Ohren.

Aber alles schön der Reihe nach. Den Anfang machen wir mit einem Schulsystem, das der Urgroßvater schon kannte. Weg mit der Schule aus der Kaiserzeit – eine Schule für Alle!

**aus Position 1/2008,
Magazin der SDAJ (Sozialistische
Deutsche Arbeiterjugend)**

Hau-Ruck-Herzog

„Übernehmen die Alten die Macht?“ alarmiert uns „Bild“. Und die Bundeskassandra Roman Herzog ruft ihr „Wehe, Wehe!“ gegen die „Rentnerdemokratie“ in der die „Älteren die Jüngeren ausplündern“. Da ist was dran. Immerhin bezieht Herr Herzog „Ruhebezüge“ von 219 000 Euro im Jahr. Bis an sein Lebensende. Für ganze 8 Dienstjahre. Kluge Menschen haben errechnet, dass ein Durchschnittsverdiener dafür 700 Jahre in die Rentenkasse einzahlen müsste. Da kann man sich schon fragen, ob das nicht ausplündern ist. Aber Herr Herzog meint - wie sollte es anders sein - nicht den Balken im eigenen Auge. Der Untergang droht durch die hammermäßige Rentenerhöhung von zusätzlich 0,64 Prozent. 0,46 Prozent wären es nach der Rentenformel ohnehin gewesen. Aber weil Frau Merkel uns ja zugerufen hat: „Der Aufschwung kommt unten an!“, sieht 0,46 reichlich mickrig aus. Und mehr ist nicht, weil die angerechneten Löhne auch nur 1,4 Prozent gestiegen sind. Bleibt nach Abzug des „Riesterfaktors“ (einer willkürlichen Enteignung zur Förderung der Privatversicherung) eben nur 0,46

Prozent. Und da die Stimmung nach den dauernden Kürzungen mies ist, hat die Bundesregierung den Riesterfaktor zwei Jahre ausgesetzt. Macht plus 0,64 Prozent. Summa summarum 1,1 Prozent. Und das bei einer Inflationsrate von mehr als 3,5 Prozent. Außerirdisch, dieser Aufschwung. Man sieht schon die Sektorkorken aus den Altersheimen fliegen. Es ist eben kein Anlass zu dämlich, dass die Privatisierungsprofiteure und ihre Lobbyisten ihn nicht zu nutzen versuchten, um die Generationen gegeneinander auszuspielen. Das gezielte Abwracken der gesetzlichen Rentenversicherung hat leicht durchschaubare Ziele: Den Unternehmeranteil zu senken. Und die Altersvorsorge für den Profit der Finanzkonzerne zu erschließen. Ein Milliardenunternehmen. Das lässt Herrn Herzog schon mal die „Rentnerdemokratie“ herbeifabulieren.

Gelesen in UZ, Zeitung der DKP

Unsere Zeitung

UZ

Wochen-Zeitung der DKP

Rote Runde der DKP Offenbach

Mittwoch
11. Juni 2008
19.30 Uhr

Wiener Hof
Langener Straße 23
Offenbach-Bieber

Horst Schäfer,
langjähriger
Auslandskorrespondent
der DDR, spricht zu
seinem Buch
„Im Fadenkreuz: Kuba“

Kleine Anmerkung

Dieses Mal nicht von uns, sondern von Spiegel online:

Im Auftrag des Siemens-Konzerns hat eine Berliner Detektei im Jahr 2003 die Münchner Parteizentrale der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) observiert. Außerdem überwachten die Privatfahnder für die Siemens Business Services in Paderborn ein von der DKP Südbayern organisiertes Sommerseminar am Ammersee. Bezahlt wurden Detektivrechnungen über 11.600 und 23.200 Euro über eine schwarze Kasse der Telekommunikationssparte.

Die Beobachtungen zielten vor dem Hintergrund eines schwelenden Arbeitskampfes auf die Person des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Festnetzsparte, Leo Mayer, der DKP-Funktionär ist. Gleichzeitig sollten die Detektive feststellen, ob auch noch andere Siemens-Mitarbeiter der DKP zuzurechnen sein könnten.

Bereits kurz zuvor hatte die gleiche Detektei von Siemens den Auftrag erhalten, die Teilnahme des Betriebsratsvorsitzenden Heribert Fieber an einer Veranstaltung in Slowenien zu überprüfen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,548431,00.html>



Massenentlassungen bei Dematic im Waldhof

Fortsetzung von Seite 1

In den Wochen davor hatte die Geschäftsleitung in einer Mischung aus Abwiegelei und Desinformation versucht, die Befürchtungen der Betriebsräte zu diskreditieren. Jetzt waren sie zu feige, ihre Lügen einzugestehen. Der Pressesprecher durfte dem Hessischen Rundfunk zu den neuen Entlassungsplänen keine Auskünfte geben. Ein Betriebsrat erklärte verbittert: „Als wir im Februar sagten, die Dematic würde 45 Arbeitsplätze vernichten, hat uns die Geschäftsleitung im Betrieb diffamiert, wir würden falsch informieren. Es stimmt, unsere Zahlen waren falsch, unsere Befürchtungen von damals waren zu optimistisch“.

Gezielte Desinformation

Wie konnte es dazu kommen, dass der Traditionsbetrieb zum „Sanierungsfall“ wurde? Vielen Offenbachern ist

noch die Vorgängerfirma Stöhr ein Begriff, sie wurde in Mannesmann Demag integriert, im Jahr 2001 an Siemens verkauft, und 2006 von Siemens an den Investmentfond Triton in Frankfurt verkauft. Seit dem Verkauf an Siemens reißt die Leidensgeschichte der Belegschaft nicht ab. In drei Abbaurunden wurde die Belegschaft von einst weit über 1.000 auf unter 500 Beschäftigte reduziert.

Jetzt haben die Finanzinvestoren einen traurigen Höhepunkt der Abbaugeschichte geschafft: der Standort Wetter (Ruhr) soll zum Jahresende 2008 geschlossen werden. Scheinheilig werden den Beschäftigten aus Wetter Arbeitsplätze in Offenbach angeboten. Gleichzeitig werden aber auch in Offenbach Massenentlassungen angekündigt, die im Mai erfolgen sollen. Ein besonderer Hohn ist es, wenn in der FAZ im April Stellenanzeigen veröffentlicht werden. Mit der Drohung einer angeblich bevorstehenden Insolvenz werden die Betriebsräte erpresst, sich auf einen „Vergelt's Gott“ Sozialplan einzulassen.

Menschenfeindliche Profitlogik

Gewerkschafter äußern Zweifel an der angeblich schlechten Lage des Betriebs. Sie vermuten, dass durch gezielte Bilanzmanipulationen, Übernahme von Verlusten aus anderen Gesellschaften des Investors und Transferieren von Millionenbeträgen ins Ausland, die wirtschaftliche Lage schlecht gerechnet werden soll. Sie befürchten, dass für die Investoren eine Insolvenz der Dematic in Deutschland die profitabelste Lösung der vom Management verschuldeten Probleme werden könnte. Für knapp 500 Beschäftigte und ihre Familien, für Zulieferbetriebe auch aus der Region, wäre eine Insol-

venz der Absturz in Hartz IV, für die Investoren die Begrenzung ihres „Verlusts“, sie hätten statt vermuteten 13 % nur noch 12,5 % Rendite.

Die Rechte der Belegschaft, die Mitbestimmung der Betriebsräte enden, wo die Profitinteressen der Investoren beginnen. Auch die Stadt Offenbach hat keine wirksamen Mittel, um der Arbeitsplatzvernichtung in Offenbach entgegen zu wirken, wenn sie es denn wollte.

Nokia zwingt zu politischen Konsequenzen

Die Erfahrungen von BenQ, AEG und Nokia zeigen: Die Belegschaften, die Betriebsräte und die Gewerkschaften brauchen wirkungsvolle Veto-Rechte, um Arbeitsplatzvernichtung und Verlagerungen zu verhindern.

Dazu müssen die Gewerkschaften die Diskussion um den Erhalt des Beschäftigungsstandorts Deutschland offensiv und öffentlich führen. Marktmechanismen und Profitlogik sind offensichtlich nicht geeignet, die Interessen der Belegschaften, der Menschen, der Städte und Regionen zu sichern. Ohne Begrenzung der Eigentumsrechte wird es nicht gehen.

Sehr lesenswert!

Wochenzeitung der DKP
 Probeexemplare:
 Neue Impulse Verlag
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
 e-Mail: NeuImpulse@aol.com



Mitmachen bei der DKP!

Unser Standpunkt

Herausgeber:
 DKP Offenbach
 Verantwortlich:

Alwin Borst, Kaiserstr. 37,
 63065 Offenbach, Tel. 069/889387